

**LESER FRAGEN, PAN ANTWORTET**



**Mechtild B. aus Iserlohn fragt:** „Lieber PAN, heute wird die RAG-Konzernzentrale in Essen mit Liebeserklärungen ans Ruhrgebiet verhüllt. Wie geht das?“

**PAN antwortet:** Liebe Mechtild, man nehme 48.000 Briefe, Fotos und Selbstgekratztes von Ruhrgebiet-Fans, einen Otmar Alt und eine Kulturhauptstadt-Bewerbung, rühre alles gut durch und klebe den Brei sofort an die Hauswand. An die Börse kommt man damit aber nicht.

MARGARETHEISEN FOTO: ARCHIV

**Kremendahl-Fall in der Revision**

**WUPPERTAL taz** ■ Das Korruptionsverfahren gegen Wuppertals Ex-Oberbürgermeister Hans Kremendahl geht in die nächste Runde. Wie schon nach dessen erstem Freispruch durch das Wuppertaler Amtsgericht, hat die Staatsanwaltschaft nun ebenso gegen die Entscheidung des Dortmunder Landgerichts Revision eingelegt. Hintergrund der juristischen Auseinandersetzung ist eine 500.000-Mark-Spende des Baulöwen Uwe Clees für den SPD-Kommunalwahlkampf 1999. Am 16. März hatte das Gericht Kremendahl und Clees zwar freigesprochen, in seiner Urteilsbegründung konstatierte indes der Vorsitzende Richter Johannes Nüsse: „Dieses Urteil schmeckt uns nicht, aber nicht alles, was wir für unanständig halten, ist auch strafbar.“ **PAB**

**Kein Verfahren gegen Stunker**

**KÖLN taz** ■ Die Kölner Staatsanwaltschaft hat ihr Ermittlungsverfahren gegen die alternativkarnevalistische „Stunksitzung“ wegen des Verdachts der „Verletzung von religiösen Gefühlen“ und „Störung des religiösen Friedens“ eingestellt. Die Anklagebehörde war der Anzeige eines älteren Christenmenschen aus dem Münsterland nachgegangen, den ein Sketch über „Ratze und Meise“ aus der himmlischen Ruhe gebracht hatte. Doch anders als dieser konnte sie kein strafrechtlich relevantes Verhalten erkennen. Das Ensemble der „Stunksitzung“ wertete das als „wichtigen Erfolg für die Satire- und Kunstfreiheit und für das Recht auf freie Meinungsäußerung“. Der WDR hatte die kirchenkritische Nummer aus seiner Fernsehübertragung wegzensiert. **PAB**

**Freiheit der Reichen**

**Kommunen müssen jetzt selbst entscheiden, ob Kinder von ALG-II-EmpfängerInnen Büchergeld erhalten**

Wenn die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung von „Freiheit für die Kommunen“ spricht, zucken die verschuldeten Städte und Gemeinden schon automatisch zusammen. Etwas als das Land kürzlich die Zuschüsse für Kindergartenbeiträge kürzte und den Kommunen die Freiheit gab, das Geld selbst beizuschließen oder die Eltern stärker zur Kasse zu bitten.

sen zahlen, kommt die Bezirksregierung und sagt: Ihr habt kein Geld, lasst das mal schön bleiben.“ Mit einem solchen Gesetz verstoße die Landesregierung gegen die Prinzipien der Chancengleichheit, so Hebborn. Von einem „ungeheuren Vertrauensmissbrauch und skandalösen Wortbruch“ spricht die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und frühere Bildungsministerin Ute Schäfer. Ihre Nachfolgerin hätte sich im vergangenen August noch ganz anders geäußert.

Umstritten ist auch die Freiheit, die CDU-Schulministerin Barbara Sommer den Städten und Gemeinden im neuen Schulgesetz geben will. Sie sollen selbst entscheiden, ob neben Kindern von Sozialhilfeempfängern auch der Nachwuchs von Arbeitslosengeld-II-Beziehern kostenlos Schulbücher bekommen soll. Grund: Das Land will dafür nicht aufkommen.

Dagegen lehnen der Landkreistag NRW und der Städte- und Gemeindebund NRW eine Befreiung der ALG-II-Empfänger vom Eigenanteil an Lernmitteln ab – aber auch sie wollen keine Freiheit für die Kommunen. Denn diese bedeutet immer auch ein weiteres Auseinanderdriften der Lebensstandards in den Städten Nordrhein-Westfalens. **NATALIE WIESMANN**

Die so genannte Lernmittel-freiheit gab früher für Kinder von Sozialhilfeempfängerinnen. Doch Sozialgeld erhalten heute nur noch diejenigen, die nicht erwerbsfähig sind. 90 Prozent der Erwerbslosen leben von ALG II. Sie sollen jetzt die Bücher ihrer Kinder selbst finanzieren – wenn die Kommunen nicht einspringen. Auch von den Fahrtkosten für die Anfahrt zur Schule werden Hartz-IV-Familien nicht befreit. Von staatlicher Unterstützung leben in NRW etwa 350.000 Kinder.



**Die Lernmittel-Freiheit für Kommunen: Eine umstrittene Neuerung im NRW-Schulgesetz, das die Ministerin heute vorstellt** FOTO: ARCHIV

Der NRW-Städtetag ist empört. Denn die hoch verschuldeten Städte hätten nicht die Freiheit, ohne Unterstützung des Landes ALG-II-Haushalte von Lernmitteln zu befreien, sagt ihr Bildungsreferent Klaus Hebborn: „Wenn die Stadt Oberhausen entscheidet, wir wollen Schulbücher für alle Arbeitslo-



110.000 Mitarbeiter, 3,68 Milliarden Euro Umsatz: Die Essener Ruhrkohle AG hat das Ruhrgebiet im Griff FOTO: RAG

**„Es fehlt an Verantwortung“**

Die Konzerne lassen die Menschen im Ruhrgebiet in Stich. Der Oberhausener Stadtentwickler Roland Günter fordert Betriebsräte auf, gegen die Abwanderung des Geldes zu kämpfen

**INTERVIEW HOLGER PAULER**

**taz:** Herr Günter, wird das Ruhrgebiet immer noch von den Konzernen regiert?

**Roland Günter:** Das Ruhrgebiet hat eine enorme Konzerndichte. In Essen haben etliche Konzerne ihren Sitz: RAG, RWE, Aldi etc. So viele wie bundesweit in keiner anderen Stadt. Das ist gut für die Stadt und die Menschen, die dort leben. Natürlich bin ich kein Freund der Konzer-

versuchen sich durch Verkäufe von Immobilien, Straßen oder anderem zu sanieren. Die Kommunen stecken in der Schuldenfalle. Alles, was sie jetzt verkaufen, hilft ihnen nicht einmal kurzfristig. Das Geld wird verfrühstückt. Die Schulden bleiben. Es ist ein strukturelles Problem. Die Kommunen arbeiten defizitär. Ohne ein Veränderung auf Bundesebene sehe ich keinen Ausweg.

**Der Vorstoß der Stadt Dres-**

**hard Drescher (SPD) hat als Vorstand der RAG-Immobilien die Kommunen an Rhein und Ruhr aufgefordert, sich von ihren Beständen zu trennen.**

Das war ein falsches Signal. Drescher spricht hier einzig im Interesse der RAG. Aber: Er war eigentlich ein Hoffnungsträger. Er hatte immer einen Blick für Regionalentwicklung. Aber vielleicht kann er dies beim RAG-Konzern nicht verwirklichen. Ich frage mich, warum RAG-Immobilien nicht den Wohnungsbestand von ThyssenKrupp oder von der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) aufkauft. Wohnungen in Hand der RAG sind immer noch besser, als in Händen von Fondsgesellschaften.

**Aber die RAG will doch auch an die Börse.**

Ich begreife nicht, warum dabei Wohnungsbestände stören sollen? Diese Immobilien sind nicht unwirtschaftlich. Ich könnte ihnen etliche kleine Wohnungsbau-Gesellschaften nennen, in denen das funktioniert. Es gibt doch auch eine Verantwortung der Konzerne, der Kommunen oder auch des Landes gegenüber den Menschen, die in ihrer Region wohnen. Das Land will sich von der LEG trennen. 106.000 Wohnungen – eine Katastrophe. Öffentliche Wohnungen sind ein Instrument sozialer Politik. Dies

denkt doch auch zur Verhinderung sozialer Konflikte.

**Denken Politik und Konzerne nicht nachhaltig genug?**

Der RAG-Konzern handelt verantwortlicher als manche Leute denken. Vielleicht liegt es daran, dass der Vorstandschef und ehemalige Wirtschaftsminister Werner Müller nicht die Eiseskälte anderer Entscheidungsträger hat. Der Bergbau ist bis heute ohne betriebsbedingte Kündigungen ausgekommen. Natürlich kann man darüber streiten, ob die staatlichen Kohlesubventionen sich rechnen. Oder ob das System der Frühverrentung sinnvoll ist. Aber die Wichtigkeit des Bergbaus für das Ruhrgebiet ist nach wie vor unübersehbar. Wer will denn die 30.000 Arbeitsplätze und mindestens genauso viele in der Zulieferindustrie auffangen? Und: Wir haben hier ein enormes Know-how entwickelt, was in den kommenden Jahren weltweit nachgefragt wird – sowohl in der Bergbautechnik als auch im Gesundheitswesen.

**THEMA DES TAGES**

**Die Macht der Konzerne**

Das Ruhrgebiet hat die größte Konzerndichte Deutschlands. Die Menschen dort merken aber wenig davon: Die Gelder werden lieber in anderen Regionen investiert. Wohnungsbau-Gesellschaften trennen sich von ihren Wohnungen. Hunderttausende Mieter werden zum Spekulationsobjekt ausländischer Fondsgesellschaften.

ne. Sie müssten viel mehr Verantwortung haben.

**ThyssenKrupp sagt, dass sie sich „den Wurzeln des Ruhrgebiets verpflichtet“ fühlen und verlegt die Konzernzentrale von Düsseldorf nach Essen. Ist das mehr als nur Symbolik?**

Das Problem der Region: Die „Kohle“, die im Ruhrgebiet gemacht wurde, ist in der Vergangenheit weitgehend aus dem Ruhrgebiet abgezogen worden. Nach Köln, Krefeld oder Berlin. Dort saßen die Aktionäre und spekulierten damit weiter. Das ist die eigentliche Tragödie dieser produktiven Landschaft.

**Die Menschen in der Region haben davon nicht profitiert?** Kaum. Der frühere Chef der IG Metall, Franz Steinkühler, hat Mitte der 80er Jahre den eigenen Leuten in den Betriebsräten zugerufen: „Lasst es nicht zu, dass das Geld abwandert. Wehrt euch.“ Die Konzerne haben die Gewinne aus der Region herausgezogen und woanders investiert. Steinkühler war ein kluger Kopf und er hat dies gewusst. Er hat gesagt, „Ihr müsst die Mitbestimmung nutzen, damit das Geld hier bleibt.“ Später ist er darüber gestolpert, dass er angeblich Insiderwissen zu Aktienkäufen genutzt hat. Das waren Peanuts. Aber Industrie und Gewerkschaft waren froh, den unbequemen Steinkühler losgeworden zu sein.

**Das Geld ist nun weg. Die verschuldeten Kommunen**

**den, sich vom städtischen Wohnungsbestand zu trennen, ist kein geeignetes Mittel zur Entschuldung?**

Die Städte verschleudern ihr Tafelsilber. Und an wen? An US-amerikanische Fondsgesellschaften. Diesen Gesellschaften geht es einzig um den Profit. Sie spekulieren mit Rentengeldern. Und die Mieten wandern um die Welt.

**Der ehemalige Oberhausener Oberbürgermeister Burk-**

**Arbeiten und Wohnen im Revier**

Konzerne wechseln Standorte und Besitzer – meist zum Nachteil der Betroffenen

**Krupp und Thyssen:** Die Fusion der beiden Stahlriesen Krupp (Essen) und Thyssen (Duisburg) wurde im Jahr 1999 vollzogen, der Konzernsitz nach Düsseldorf verlegt. Mehrere tausend Beschäftigte verloren ihren Job. Aktuell arbeiten beim Konzern 184.000 Mitarbeiter. Der Jahresumsatz beträgt 42,1 Milliarden Euro. Die Sparten: Stahl, Industriegüter und Dienstleistungen. Ab 2008 will ThyssenKrupp wieder von Essen aus agieren.

**Ruhrkohle und Co:** 1969 wurde die Ruhrkohle AG (RAG) in Essen gegründet. Die RAG hatte damals 168.400 Mitarbeiter und erwirtschaftete einen Jahresumsatz von umgerechnet

3,68 Milliarden Euro. 1997 wurde der Konzern in die RAG Aktiengesellschaft umgewandelt. Der Bergbau wandert zur RAG-Tochter Deutsche Steinkohle AG (DSK). Derzeit beschäftigt der RAG-Konzern etwa 110.000 Mitarbeiter, davon 35.000 Bergleute bei der DSK. Der RAG-Konzern plant demnächst den Gang an die Börse.

**Privates Wohnen:** Die US-Fondsgesellschaft Fortress übernahm im Jahr 2004 für 3,4 Milliarden Euro die Essener Immobilienfirma Gagfah mit ihren 80.000 Wohnungen. Thyssen-Krupp verkaufte für 2,1 Milliarden Euro 48.000 Werkswohnungen an die US-Bank Morgan Stanley. Die Deutsche Anning-

ton kaufte dem Düsseldorfer E-on-Konzern für sieben Milliarden Euro die Tochter Vitera mit ihren 152.000 Wohnungen ab, die Hälfte davon in NRW.

**Öffentliches Wohnen:** Die Trehandstelle (THS) verwaltet 80.000 Bergarbeiterwohnungen, davon 73.800 im Pott. Die RAG-Tochter RAG-Immobilien besitzt 70.000 Wohnungen im Ruhrgebiet und im Raum Aachen. Eine Übernahme des THS-Bestandes wird diskutiert. Auch an den 106.000 Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft, die die Landesregierung privatisieren will, hat die RAG Interesse gezeigt – ebenso wie ausländische Fondsgesellschaften. **HOP**

**Kontakt**  
 taznrw  
 Kurfürstenstraße 14, 40211 Düsseldorf  
 Redaktion 0211-36 11 77-0  
 Fax 0211-36 11 77-50  
 e-mail: nrw@taz-nrw.de  
 LeserInnenbriefe: briefe@taz-nrw.de  
 Westblick: westblick@taz-nrw.de

**anzeigen**  
 BERNDT MEDIA 0234-94 19 10  
 Fax 0234-94 19 191  
 e-mail: info@berndt-media.de  
 Postfach 51 01 41, 44874 Bochum